

**Medienkonferenz**  
**Wirtschaft gegen die Ferieninitiative**  
Dienstag, 21. Februar 2012

Es gilt das gesprochene Wort

## Die Initiative schadet der Schweizer Wirtschaft mit ihren Arbeitsplätzen

Gerold Bührer, Präsident economiessuisse

Sehr geehrte Damen und Herren

Der schweizerischen Wirtschaft bläst momentan ein kalter Wind entgegen. Beinahe täglich berichten die Medien über Sofortmassnahmen zur Rettung des Euro, über hochverschuldete Staaten, über steigende Arbeitslosenzahlen und die erschreckend hohe Jugendarbeitslosigkeit in vielen europäischen Ländern.

Die Schweiz hat sich bisher erstaunlich krisenresistent gezeigt. Unsere Wirtschaft ist im internationalen Vergleich anpassungsfähig und solide aufgestellt. Das kommt nicht von ungefähr. Dazu beigetragen haben neben einer breit abgestützten volkswirtschaftlichen Struktur, die von kleinen und mittleren Betrieben bis hin zu den grossen Multis geprägt ist, in erster Linie die attraktiven Rahmenbedingungen. Dazu zählen insbesondere eine moderate Steuerbelastung, eine hohe Rechtssicherheit, offene Märkte, eine im Vergleich unbürokratische Verwaltung, erstklassige Infrastrukturen und eine hohe Innovationskraft. Auch das liberale Arbeitsrecht und die über 100-jährige sozialpartnerschaftliche Tradition zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern tragen zu diesem Erfolg bei. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten hat sich die Sozialpartnerschaft bewährt. So konnten in vielen Branchen und Betrieben zeitlich limitierte Massnahmen zur Stärkung unserer Unternehmen ergriffen werden. Das hat auch zur Sicherung von Arbeitsplätzen beigetragen. Die Ferieninitiative ist ein Frontalangriff auf dieses Erfolgsmodell.

Die Ferieninitiative würde der Schweizer Wirtschaft und ihren Beschäftigten in vielerlei Hinsicht schaden:

Die Schweiz hätte auf einen Schlag einen in der Verfassung festgeschriebenen Mindestferienanspruch von sechs Wochen. Damit stünde unser Land in der Spitzengruppe des Ferienrankings.

- Mehr Ferien bei gleichem Lohn – das kostet. Berechnungen des Bundesrats haben ergeben, dass eine zusätzliche Ferienwoche zusätzlichen Lohnkosten von zwei Prozent entspricht. Das sind rund 6,3 Milliarden Franken pro Jahr. Diese müssten die Schweizer Unternehmen und die öffentlich-rechtlichen Arbeitgeber berappen. Und das, obwohl die Schweiz im internationalen Vergleich bereits heute die höchsten Arbeitskosten aufweist.

- Höhere Arbeitskosten würden der Konkurrenzfähigkeit unserer Unternehmen ausgerechnet in einem ohnehin schon schwierigen Umfeld erheblich schaden. Die Schweiz würde zudem im globalen Wettbewerb als Standort an Anziehungskraft verlieren. Die internationalen Unternehmen sind für die Schweizer Wirtschaft jedoch von hoher Bedeutung. Schweizerische und ausländische internationale Unternehmen erwirtschaften mit 34 Prozent einen wichtigen Teil unseres Bruttoinlandsprodukts. Sie tragen zur Innovationskraft bei und schaffen einen bedeutenden Anteil an Arbeitsplätzen. Vor allem die spezialisierte KMU-Zulieferindustrie hat in den letzten Jahren von den international tätigen Firmen profitiert.
- Die schweizerischen Unternehmen sind bereits heute durch den überhöhten Franken gebeutelt. Mit höheren Arbeitskosten sinken auch die Chancen im Wettbewerb um neu zuziehende und neu zu gründende Firmen. Genau diese brauchen wir aber. Sie haben der Schweiz in den letzten Jahrzehnten in beträchtlichem Umfang Wachstum und Wohlstand beschert. Von den hohen Steuereinnahmen ganz zu schweigen. Multinationale Unternehmen sind in ihrer Standortwahl flexibel, sie investieren und siedeln sich dort an, wo sie ideale Bedingungen vorfinden. Ein Beispiel: Wo geht ein internationales Unternehmen hin, wenn es die Wahl hat zwischen der Schweiz und einem Land mit ähnlich guten Standortvorteilen, bei uns jedoch mit noch höheren Lohnkosten und einem Mindestferiensatz von sechs Wochen rechnen muss? Bei Annahme der Ferieninitiative wäre die Wahrscheinlichkeit gross, dass sich Firmen gegen die Schweiz und für einen lohn- und ferientechnisch «günstigeren» Standort entscheiden. Arbeitsplatzverlust wäre eine gravierende Folge.
- Die Ferieninitiative schadet insbesondere den kleinen und mittleren Unternehmen, die weniger als 250 Mitarbeitende beschäftigen. Die KMU stellen mit 99,7 Prozent das Rückgrat der Schweizer Wirtschaft. Sie wären die grossen Verlierer, denn die Initiative trifft sie gleich doppelt: Wenn grössere und internationale Unternehmen wegziehen, entzieht das der Zulieferindustrie ihre Existenzgrundlage. Wenn die einheimischen Unternehmen nicht mehr zu wettbewerbsfähigen Preisen produzieren können – ich denke hier insbesondere an die Exportindustrie, die besonders unter dem starken Franken leidet –, wäre eine vermehrte Auslagerung ins Ausland nicht mehr zu vermeiden. Zudem könnten Unternehmen im Zulieferbereich aus Kostengründen ihre Güter und Dienstleistungen vermehrt im günstigeren Ausland beziehen, statt wie bisher einheimische KMU zu berücksichtigen. Dieser Teufelskreis muss unbedingt vermieden werden.

Die Initianten stellen mehr Ferien über den Wirtschaftsstandort Schweiz und die bewährten branchenorientierten Arbeitszeitregelungen. Das Aushandeln der Ferienansprüche durch die Sozialpartner und die damit verbundene Flexibilität sind Trümpfe, um die die Schweiz weitherum beneidet wird. Als rohstoffarmes Land muss die Schweiz ihrer wichtigsten Wohlstandsquelle – der Arbeitskraft – dringend Sorge tragen. Wir können es uns nicht erlauben, den eigenen Standort zu schwächen. Gute Rahmenbedingungen sind für die zukünftige Entwicklung der Schweizer Wirtschaft von entscheidender Bedeutung. Sie haben einen wesentlichen Einfluss auf die hier ansässigen Unternehmen und bilden die Voraussetzung für Neuinvestitionen und zukünftige Arbeitsplätze.

Wir dürfen nicht vergessen: Noch belegen wir in den internationalen Rankings zur Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft einen Spitzenplatz. Doch der Standortwettbewerb wird nicht nachlassen.

Mit der Ferieninitiative setzen wir einen unserer Trümpfe im internationalen Wettbewerb unnötig aufs Spiel. Deswegen setze ich mich am 11. März für ein deutliches NEIN zur Ferieninitiative ein.